



Türkische Gemeinde in Deutschland – Obentrautstr. 72 - 10963 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte mich im Namen der hier anwesenden Organisationen herzlich für Ihre Einladung bedanken, lieber Herr Staatssekretär, liebe Frau Dr. Saati. Bevor ich auf die zentralen Veränderungsziele unseres Impulspapieres näher eingehe, und auf die Frage, was diese heruntergebrochen für die Arbeit des Familienministeriums bedeuten könnten, erlauben Sie mir einige Vorbemerkungen.

50 Migrantenorganisationen haben gemeinsam am „Impulspapier der Migrantenorganisationen zur Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ gearbeitet, das beim Integrationsgipfel vorgestellt wurde. Vier Organisationen, The African Network of Germany, das Multikulturelle Forum, DeutschPlus und die Türkische Gemeinde in Deutschland haben als Delegation dieser 50 die Aufgabe übernommen, unterschiedliche Ministerien anzuschreiben und um einen Austausch zu den Anregungen des Impulspapiers zu bitten.

Als erstes Ministerium haben Sie reagiert und uns heute zu dieser Dialogveranstaltung eingeladen. Sie dürfen sich sicher sein, dass die anwesenden Organisationen das niemals vergessen werden.

Bevor wir nun einen Blick in die Zukunft werfen, möchte ich gerne zurückschauen. Im Namen aller hier möchte ich der Staatsministerin Aydan Özoğuz als der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge, die ich, weil es wahr und kurz ist, gerne „unsere“ Beauftragte nennen werde, herzlich danken. Wir danken Ihnen und Ihrem Stab dafür, dass sie den Entstehungsprozess dieses Impulspapieres möglich gemacht haben, nicht alleine durch das Bereitstellen von Ressourcen sondern durch ihr unbedingtes Interesse daran, dass wir mit diesem Papier eine Verhandlungsgrundlage haben und mit einer Stimme sprechen. Der heutige Tag zeigt, wie bedeutsam es ist, dass wir unsere eigene Beauftragte haben; ohne diese unsere Beauftragte, liebe Freunde und Kollegen, wären wir alle heute gar nicht hier.

Wir danken auch PHINEO, die mit ihrem Team im Rahmen eines knackigen Zeitplanes den Entstehungsprozess moderiert und begleitet haben. Im Portfolio von PHINEO spielt die Wirkungsorientierung eine herausragende Rolle, und heute können wir festhalten: das Impulspapier wirkt!

Obentrautstr. 72
10963 Berlin
☎ 030 – 23 63 51 00
☎ 030 – 21 00 36 32
☎ 030 – 23 63 55 89

<http://www.tgd.de>
info@tgd.de

Bankverbindung:
Kto: 65 167 10 00
Deutsche Bank Hamburg
BLZ: 200 700 24

Bundesgeschäftsführer

Martin Gerlach
martin.gerlach@tgd.de

Bundesgeschäftsführerin

Susanna Steinbach
susanna.steinbach@tgd.de

Bundesvorsitzende:

Gökay Sofuoğlu
Fellbach
goekay.sofuoglu@tgd.de

Atila Karabörklü
Hessen
atila.karaboerklue@tgd.de

Stellvertreter/Innen:

Cansu Zeren
Berlin
cansu.zeren@tgd.de

Dr. Cebel Küçükkaraca
Kiel
cebel.kucukkaraca@tgd.de

Bilge Yöreñç
Hamburg
bilge.yorenc@tgd.de

Şeref Çağlar
Willich
seref.caglar@tgd.de

Yasemin Jesse
Berlin
yasemin.jesse@tgd.de

Ahmet Güneş
Rheinland Pfalz
ahmet.guenes@tgd.de

Bahattin Gemici
Herten
bahattin.gemici@tgd.de

Die Türkische Gemeinde in Deutschland ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter der VR-Nr. 15866 B eingetragen und vom Finanzamt für Körperschaften I in Berlin als gemeinnützig anerkannt.



Die Stärke des Papiers besteht unter anderem darin, dass mehr als 50 Organisationen sich auf zentrale Veränderungsziele einigen konnten. Im Zentrum der Betrachtung stand das gemeinsame Ziel, Einwanderungsgesellschaft besser zu gestalten und mehr Teilhabe für Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen zu ermöglichen. Die Einladung zur heutigen Veranstaltung zeigt uns, wie bedeutsam dieser Schulterschluss ist, wie wichtig es ist, dass wir zusammenstehen und Einzelinteressen hinten anstellen lassen.

Nun gibt es nicht nur unterschiedlichste Migrantenorganisationen, die sich um Partizipation bemühen, es gibt auch unterschiedliche Ministerien und Bundesbehörden, die sich der Herausforderung, Einwanderungsgesellschaft zu gestalten, stellen. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um auch sie zu einem Schulterschluss aufzufordern. Ähnlich wie der Klimawandel eignet sich die Aufgabe, Einwanderungsgesellschaft zu gestalten, nicht für den politischen Wettstreit oder für Kompetenzgerangel, sei es nun unter Migrantenorganisationen oder unter Ministerien. Der gemeinsame Auftritt von Frau Bundesministerin Katarina Barley und unserer Beauftragten, der Staatsministerin Aydan Özoğuz, ist in diesem Kontext ein schönes Signal, aber ich möchte auch meine Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass Ressourcen ressort- und parteiübergreifend koordiniert und gebündelt werden. Mit Blick auf das gemeinsame Ziel, unser Land zukunftsfähig zu machen, haben wir keine Zeit zu verlieren. Es gibt durchaus Rückstände aufzuarbeiten!

Deutschland in einem neuen Selbstverständnis als ein „Wir“ der Verschiedenen zu gestalten und zu einer lebenswerten Heimat der hier lebenden Menschen zu machen, das ist unser gemeinsames Ziel. Die Notwendigkeit, Einwanderungsgesellschaft zu gestalten, ist also keine Zusatzbelastung, sondern eine Chance veraltete Systeme zu hinterfragen und Deutschland zukunftsfähiger zu machen.

Lassen Sie uns heute gemeinsam vom Ziel her denken und planen – wirkungsorientiert, wenn Sie so wollen.

Der Präsentation unserer Erwartungen an den Dialog möchte ich eine persönliche Bemerkung voranschicken. Es kostet mich einiges an Überwindung, Sie als Ihr Gast schon in der Begrüßung mit Erwartungen zu konfrontieren, so als wäre ich zum Essen eingeladen und würde als erstes mitteilen, was ich gerne aufgetischt bekäme. Man hat mir mitgeteilt, dass ich für einen Interessenvertreter manchmal zu zurückhaltend agiere. Wenn ich heute versuche sehr deutlich zu sagen, was unsere Erwartungen sind, dann vor allem deswegen, weil ich für uns alle hier spreche und wir absolut keine Zeit zu verlieren haben.

In unserem Papier sind vier zentrale Veränderungsziele formuliert worden. Ich möchte sie Ihnen vorstellen und in einen ersten Bezug setzen zur Arbeit Ihres Hauses.



Ziel 1) In Organisationen und Institutionen sind Strategien zur interkulturellen Öffnung umgesetzt worden und Vielfalt und Teilhabe gelebte Grundüberzeugung.

Auf zwei der priorisierten Maßnahmen zu Ziel 1 möchte ich näher eingehen.

An Platz eins steht die Aufnahme eines neuen Staatsziels ins Grundgesetz als Art. 20b, wie es der Verein DeutschPlus in die politische Debatte eingebracht hat. Der Artikel möchte lauten: „Die Bundesrepublik ist ein vielfältiges Einwanderungsland, sie fördert die gleichberechtigten Teilhabechancen, Gerechtigkeit und Integration aller Menschen“.

Die Aufnahme eines solchen Staatsziels, die auch durch unsere Beauftragte ebenso wie durch Herrn Justizminister Heiko Maas schon einmal in die Diskussion eingebracht wurde, wäre ein starkes Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft. Die Botschaft an die Menschen mit Migrationsgeschichte würde lauten: Unser Land hat sich verändert – das Grundgesetz ist auch Euer Grundgesetz.

Die zweite Maßnahme ist überschrieben mit: Die interkulturelle Öffnung wird Chefsache. Klingt einfach! Das Beispiel der Öffnung der Wohlfahrtspflege für muslimische Träger im Nachgang der Deutschen Islamkonferenz hat uns gezeigt, wie viel der politische Wille einer Ministerin bewegen kann. Mit Ihrer Veranstaltung, liebe Frau Barley, lieber Herr Kleindiek, gehen Sie einen ersten Schritt. Machen Sie die interkulturelle Öffnung zur Chefsache!

Ziel 2) Migrant*innenorganisationen werden in Prozesse der interkulturellen Öffnung eingebunden und dazu in ihrer Professionalisierung unterstützt.

In diesem Kontext möchte ich zwei Maßnahmen hervorheben. Eine, die nicht nur Ihr Ministerium betrifft, ist die Einrichtung eines Nationalen Rates von ExpertInnen zur interkulturellen Öffnung auf der Bundesebene – ganz ähnlich dem Nationalen Ethikrat.

Eine weitere Maßnahme betrifft die Notwendigkeit, unter den Migrant*innenorganisationen PartnerInnen zu etablieren, die in Bezug auf die Arbeitsbereiche des BMFSFJ sprechfähig sind und auf Augenhöhe verhandeln können. Im Augenblick fehlt die Repräsentation einer migrantischen Perspektive in den allermeisten Planungs- und Entscheidungsprozessen. Vom Ziel her gedacht, bedeutet das: wenn ich Lösungsstrategien, Förderprogramme oder sonstige Zukunftsplanungen als Ministerium in der Einwanderungsgesellschaft solide planen möchte, kann ich auf diese Perspektiven absolut nicht verzichten. Hier ist Teilhabe eine Frage der Professionalität. Migrant*innenorganisationen haben aber nun mal keine Arbeitsstäbe, keine hauptamtlich bezahlten Referenten und auch sonst meist wenig, außer Ehrenamt, in der Hinterhand. Sie kennen



vielleicht die Karikatur, in der ein Elefant, ein Seehund, ein Affe und ein Vogel alle dieselbe Aufgabe erhalten: „Klettern Sie auf den Baum“! Überschrieben ist die Zeichnung mit: „Chancengleichheit“!

Andersherum formuliert ist ihr Gleichbehandlungsgrundsatz häufig der schlimmste Hemmschuh für interkulturelle Öffnung.

Liebes Familienministerium, um dieses Problem zu lösen, braucht es Ressourcen.

Ziel 3) Der Anteil von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die Entscheidungsfunktionen in Organisationen und Institutionen wahrnehmen, hat sich deutlich erhöht.

Nun wird sich die bessere Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte nicht von heute auf morgen bewältigen lassen, aber es sollten im Bereich der Personalentwicklung entsprechende Schritte eingeleitet werden. Außerdem sollte darüber nachgedacht werden, wie sich die Repräsentationslücke – also das Defizit, keine migrantischen Perspektiven in Entscheiderfunktionen zu haben – kurzfristig kompensieren lässt. Wie empfehlen hierzu die Einbindung von ExpertInnen aus unseren Reihen in Ihre Entscheidungsprozesse. Ich kann Ihnen versichern, dass es viele Menschen hier im Raum gibt, die ihnen als ExpertInnen gerne zur Seite stehen werden.

Ziel 4) Organisationen und Institutionen erbringen Leistungen gleicher Qualität und für alle BürgerInnen unabhängig von deren Herkunft.

Manchmal hilft es, über den deutschen Tellerrand zu schauen. Sicherlich ist es interessant für Sie, zu erfahren, dass in Großbritannien der Begriff „institutioneller Rassismus“, vor dem wir uns in Deutschland so sehr fürchten, genau mit dieser Frage festgelegt wird. Wenn nämlich eine Leistung nicht in der gleichen Qualität für alle BürgerInnen unabhängig ihrer Herkunft angeboten wird, handelt es sich um einen Fall von institutionellem Rassismus. In unseren Augen ist das kein Beweis für die rassistische Einstellung einzelner Personen, sondern schlicht ein Fall für die Organisationsentwicklung für besseres Diversity Management.

Mit Blick auf die Arbeit des Familienministeriums wird es notwendig sein, die Arbeitsbereiche abzuklopfen. Inwieweit erreichen Ihre Programme, Förderinstrumente und langjährigen PartnerInnen die Wohnbevölkerung Deutschlands? Wie wirken Instrumente in der türkischen, polnischen, russischen Community? Da all diese Menschen Steuern zahlen, ist Teilhabe hier eine Frage der Gerechtigkeit.

Ganz konkret braucht es einen Diversity-Check in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Altenhilfe und in den weiteren Zuständigkeitsbereichen des BMFSFJ. Anschließend braucht es Strategien, die helfen, alle



Leistungen in gleicher Qualität an alle BürgerInnen zu bringen – unabhängig von deren Herkunft.

Ja, das wird ein anstrengender Prozess, da die Wohlfahrtspflege und auch andere Arbeitsbereiche in eingespielten Vergabesystemen funktionieren. Die Fragen, ob es die richtigen Vergabesysteme für die Einwanderungsgesellschaft sind oder ob Ergänzungen erforderlich sind, etwa Kooperationen mit Migrantenorganisationen und auch die Erweiterung des Portfolios an Dienstleistern, müssen mutig gestellt werden. Jedenfalls wenn wir vom Ziel her denken möchten – wirkungsorientiert.

Vom Familienministerium erhoffen wir uns, dass wir einsteigen in einen länger angelegten Dialogprozess mit fest definierten Zielen – jetzt, wo die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft endlich Priorität hat. Ferner erhoffen wir uns Ideen und Ressourcen zur Überwindung struktureller Rückstände Ihrer zum Teil neuen PartnerInnen hier im Raum, damit wir anschließend einer echten Beteiligung an Planung und Entwicklungsprozessen gerecht werden können.

Uns als Migrantenorganisationen wünsche ich in diesem Kontext Geduld und die ernsthafte Bereitschaft, sich mit der Realität von Verwaltungshandeln auseinanderzusetzen. Auch das ist ein Stück weit eine interkulturelle Kompetenz. Dass es uns mit der Teilhabe nicht schnell genug geht, liegt einfach daran, dass einige von uns schon Jahrzehnte dafür streiten und auch über Jahre hinweg mit mageren Ergebnissen leben mussten.

Ich möchte uns alle darauf hinweisen, dass wir mit einer interkulturellen Öffnung der Gesellschaft nicht bei null anfangen, so wenig wie bei den oben genannten Forderungen. Unsere Beauftragte habe ich für ihre Initiativen, Partizipation zu schaffen, bereits im Eingang gelobt, nun möchte ich auch die interkulturellen Öffnungsprozesse im Zuständigkeitsbereich des Familienministeriums in den letzten Jahren hervorheben. Das BMFSFJ hat das Programm „Demokratie leben!“ genutzt, um sich inhaltlich und in der Wahl ihrer Partner interkulturell zu öffnen.

Vielleicht haben Sie sich schon gefragt: Was hat eigentlich die TGD schon wieder hier zu suchen? Der Grund ist einfach: Wir selbst erhalten eine Förderung aus dem BMFSFJ mit dem Ziel, die Teilhabe von Migrantenorganisationen zu verbessern. Es geht uns darum, unsere Erfahrungen und unser Know-how mit anderen Migrantenorganisationen zu teilen sowie andersherum von ihnen zu lernen, um dann gemeinsam stärker auftreten zu können. Natürlich geht es auch darum, die zuständigen Ministerien dafür zu sensibilisieren, was die Migrantenorganisationen bereits leisten; was Sie alles können.

Gemeinsam mit dem Familienministerium, dem Innenministerium, unserer Beauftragten und vielen von Euch konnte so z. B. die interkulturelle Öffnung des Bundesfreiwilligendienstes mit Flüchtlingsbezug geschafft



werden. Mit diesem Prozess, aber auch mit der Umsetzung des Patenschaftsprogramms „Menschen stärken Menschen“ sind zwei Blaupausen für die interkulturelle Öffnung von Förderprogrammen geliefert worden. Viele hier im Raum sind in diesen Kontexten aktiv und haben die Gelegenheiten genutzt, um ihr Potential unter Beweis zu stellen.

Das Innenministerium hat mit der Strukturförderung für Migrantenorganisationen auf der Bundesebene einen inhaltlich mutigen Schritt in die richtige Richtung gewagt und einigen der hier anwesenden Verbände die Strukturentwicklung ermöglicht, die notwendig ist, um auf Augenhöhe verhandeln zu können, wie zum Beispiel heute. Ich nutze die Gelegenheit, um die Hoffnung zu formulieren, dass dieses inhaltlich mutige Vorgehen sich in der Zukunft auch in einer mutigeren Fördersumme niederschlägt. Denn etwas über eine Million im Jahr wird der Aufgabe, Einwanderungsgesellschaft zu gestalten, an dieser Stelle einfach noch nicht gerecht.

Liebe Freundinnen und Freunde, kurz gesagt: Wir werden uns Mühe geben müssen, die Fördergebiete und Bedingungsgefüge im Verwaltungshandeln besser zu verstehen. Auch wir müssen noch stärker vom Ziel her denken und unsere Arbeit hinterfragen in Bezug auf den Beitrag, den sie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet. Und wir können nicht erwarten, dass die Förderung durch ein einziges Ministerium uns in andere Sphären katapultiert. Das Wichtigste wird sein, dass wir weiter zusammenstehen, gemeinsam verhandeln und nach vorne gucken – nicht zurück. In diesem Sinne wünsche ich uns einen ergiebigen Tag und freue mich auf die Gespräche.